

Beschluss des Landrats vom 04.11.2021

Nr. 1186

51. Böden entsiegeln 2020/691; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Rolf Blatter (FDP) hat das Gefühl, dass jeder private Eigentümer in dieser Frage mündig entscheiden können soll und es keine Einmischung und Empfehlung und schon gar keinen finanziellen Anreiz vonseiten öffentlicher Hand brauche. Deshalb ist die FDP-Fraktion für Nicht-Überweisung.

Markus Dudler (CVP) sagt, dass seine Fraktion das Thema nicht gross diskutiert habe, es aber durchaus im öffentlichen Interesse sei, dass möglichst viel Fläche entsiegelt ist, auch angesichts der sich in letzter Zeit häufenden Starkregenereignisse. Deshalb ist die CVP/glp-Fraktion dafür, das Postulat zu überweisen.

Peter Riebli (SVP) führt aus, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich gegen eine Überweisung des Postulats sei. Es geht hier um einen Eingriff in das Privateigentum. Das kann man nicht unterstützen. Es darf auf seinem Grundstück jeder und jede selbstbestimmt machen, was er oder sie möchte. Es wurde genügend kommuniziert, dass versiegelte Flächen für die Ökologie nicht sehr wertvoll sind. Die meisten wissen das und verhalten sich entsprechend. Es wäre allerdings der völlig falsche Weg, wenn der Kanton hier Geld investieren würde, um die Leute zu erziehen.

Ursula Wyss Thanei (SP) sagt, dass die SP-Fraktion das Postulat unterstützen werde und einstimmig für Überweisung sei. Es handelt sich nicht um Eingriff in den Privatbesitz, sondern um eine Motivation und Unterstützung, die man annehmen kann oder nicht. Somit ist weder ein Zwang noch ein Umerziehungsversuch erkennbar.

Markus Graf (SVP) wird sich als Minderheit in der SVP-Fraktion für die Überweisung aussprechen. Der Landverbrauch ist in der Schweiz nach wie vor riesig, auch wegen der ungebremsen Zuwanderung. Nach wie vor strömen viele Leute in die Schweiz, wo sie natürlich Land benötigen. Die Versiegelung der Böden ist tatsächlich ein Problem, vor allem im Mittelland und der Nordwestschweiz. Die Hauptproblematik ist das Grundwasser, nicht die Qualität, sondern die Menge. Es gibt mehrere Regionen, die vorab in den Sommermonaten mit Knappheit zu kämpfen haben. Heutzutage aber haben sich Technologie und Materialien verändert und verbessert und es gibt gute, wasserdurchlässige Optionen, die ausreichend versiegeln. Es gibt also Alternativen zu Teer und Verbundsteinen. Das Postulat ist dazu geeignet, die Gemeinden und Hauseigentümer zu sensibilisieren. Das Thema geht alle an.

Marco Agostini (Grüne) hat diesen Morgen einige Male gehört, dass man der Regierung doch folgen solle, wenn sie schon bereit sei, einen Vorstoss entgegen zu nehmen. Jetzt muss er feststellen, dass man es damit doch nicht ganz so ernst gemeint hat. Peter Riebli kennt offenbar das Gesetz nicht ganz genau. Es kann nicht jede Person auf ihrem Grundstück machen, was sie möchte. Es gibt ganz klare Vorgaben, was geht und was nicht. Es ist aber rechtzugeben, dass man nicht in die Privatsphäre eingreifen muss. Man möchte vielmehr unterstützen, helfen und beraten, damit jene, die das möchten, einen Beitrag dazu leisten können, dass weniger Böden versiegelt werden.

Peter Riebli (SVP) gibt zu bedenken, dass wenn es schon, wie vom Vorredner gehört, so viele Vorschriften gebe, es auch keine weiteren brauche.

Thomas Noack (SP) erinnert daran, dass im Zusammenhang mit dem Bau von ARAs im Landrat vor kurzem eine Diskussion über Restwassermengen in Bächen geführt worden sei. Der Bau dieser Abwasseranlagen und Mischwasserentlastungen kostet den Staat relativ viel Geld. Wenn man die Böden wenigstens ein bisschen entsiegeln kann, gelangt ein Teil der Abwasser, das durch die Abwasserleitungen fliesst, wieder in den Boden. Dies würde dazu beitragen, dass die Abwasserabführung etwas günstiger wird. Deshalb hat ein Entscheid in dieser Frage durchaus einen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen.

Marc Schinzel (FDP) findet das Anliegen von Marco Agostini durchaus wichtig. Es macht in der Tat keinen Sinn, immer mehr Böden zu versiegeln. Mühe hat der Votant damit, den Privaten irgendwelche Manuale zur Hand zu geben oder diese ins Internet zu stellen. Man sollte die Entsiegelung dort vornehmen, wo man darauf Einfluss hat. Zum Beispiel sollte der Aspekt dort eingebracht werden, wo man sich die Frage konkret stellt und worauf man, wie bei öffentlichen Projekten in den Gemeinden, Einfluss hat. Ein Beispiel, wo es nicht so gut läuft, ist Binningen, wo ein bestehender Werkhof durch einen neuen ersetzt wird – auf wesentlich grösserer Fläche, die heute teilweise unversiegelt ist. Dem steht die FDP in Binningen durchaus kritisch gegenüber, und der Votant hatte im dortigen Einwohnerrat deponiert, dass man diesen Aspekt einbeziehen sollte. Man sollte sich also vor jedem Projekt die Frage stellen, ob es tatsächlich Asphalt oder Beton braucht. Der Votant ist aber kein Freund von Manuals, Empfehlungen, Ratschlägen. Die Privaten wissen manchmal besser als die öffentliche Hand, was gut ist für ihren Boden.

Marco Agostini (Grüne) weist seinen Vorredner darauf hin, dass man ja noch gar nicht wisse, was die Regierung daraus mache und ob es ein Handbuch geben werde. Vielleicht kommen dabei gute Ideen ans Licht, weshalb die Regierung den Vorschlag entgegennehmen möchte. Und wenn nicht viel dabei herauskommt, dann ist es eben so.

Peter Riebli ist zu korrigieren, dass es sich nicht um eine Vorschrift handelt, worauf das Postulat abzielt. Es geht nur um Motivation und Unterstützung.

://: Mit 51:27 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
